

Wilsdruffer Tageblatt

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint täglich, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage, abends 6 Uhr für den folgenden Tag. / Bezugspreis bei Einzelabnahme von der Redaktion wöchentlich 20 Pf., monatlich 60 Pf., vierteljährlich 1,80 Mk., halbjährlich 3,40 Mk., jährlich 6,40 Mk., vierteljährlich 1,60 Mk., halbjährlich 3,20 Mk., jährlich 6,40 Mk., ohne Postgebühren. / Die Postämter, Postboten sowie unsere Ausläufer und Geschäftsstellen nehmen jederzeit Bestellungen entgegen. / Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger unabweisbarer Ereignisse der Zeitungen, der Lieferanten oder der Beförderungsanstalten — bei der Zeitung keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. / Ferner hat der Abonnent in den oben genannten Fällen keine Rückgabe, falls die Zeitung verspätet, in beträchtlichem Umfange oder nicht erscheint. / Einzelverkaufpreis der Nummer 20 Pf. / Anzeigen sind nicht persönlich zu adressieren, sondern an den Verlag, die Geschäftsstelle, die Geschäftsstelle, / Anzeigen-Zustellungen werden sofort besorgt. / Zentrale Verteilung: Berlin S.W. 46.

Wochenblatt für Wilsdruff
und Umgegend.

Erscheint seit dem Jahre 1841.

Amts-Blatt

für die Amtshauptmannschaft Meißen, für das
Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Amtsgericht und den Stadtrat zu Wilsdruff
rentamt zu Tharandt. Postfach-Konto: Leipzig Nr. 28614.

Nr. 289.

Donnerstag den 12. Dezember 1918

77. Jahrg.

Ämtlicher Teil.

Brotmarken-Ausgabe.

I. Verforgungsberechtigte Bevölkerung.

1. Für die Zeit vom 23. Dezember 1918 bis 16. März 1919 haben zu erhalten:

- Rinder im 1. Lebensjahre wöchentlich 1 Pfund Schwarzbrot, also die rechte Hälfte des Brotmarkenheftes,
- Rinder im 2. und 3. Lebensjahre wöchentlich 3 Pfund Schwarzbrot, also 1 Brotmarkenheft, aus dem von jedem Blatte eine Einpfundmarke entfernt ist.
- Rinder im 4., 5. und 6. Lebensjahre wöchentlich 4 Pfund Schwarzbrot, also 1 vollständiges Brotmarkenheft.
- alle übrigen Personen, einschließlich der Kriegsgefangenen und Bewachungsmannschaften, wöchentlich 5 Pfund Schwarzbrot, also 1 vollständiges Brotmarkenheft und zur Erfüllung des fünften Pfundes einen besonderen Markenbogen mit derselben Gültigkeitsdauer wie das Brotmarkenheft.

2. Zuschläge für Schwerarbeiter, Jugendliche sowie für werdende und stillende Mütter werden angesichts der allgemeinen Erhöhung der Brotmarken auf 5 Pfund (s. Ziffer I d) gemäß Anordnung des Arbeiters- und Wirtschaftsministeriums künftig nicht mehr gewährt.

3. Alle diejenigen Personen über 6 Jahre, welche nicht schon bisher wöchentlich 5 Pfund Brot oder mehr erhalten haben, erhalten auf die Zeit vom 1. bis 22. Dezember 1918 zusammen mit den Brotmarken für die neue Brotmarkenperiode eine Ergänzungsmarke (nicht Bogen) über 3 Pfund Schwarzbrot oder 2 Pfund Mehl oder 15 Semmeln.

Diese Ergänzungsmarke erhalten also nicht diejenigen Personen, die bereits als Schwerarbeiter, Jugendliche, sowie werdende oder stillende Mütter ein 5. Pfund Brot als Zuschlag bekommen haben.

II. Selbstverforger.

Die Selbstverforger erhalten die Brotmarkenbogen für Januar, Februar und März 1919. Eine Änderung in der ihnen zu gewährenden Brotmenge ist für sie zunächst nicht vorgesehen. Die unter I Ziffer 3 erwähnte Ergänzungsmarke erhalten die Selbstverforger nicht.

III. Die Brotmarken nebst weiteren Unterlagen werden den Gemeindebehörden von jetzt an wieder durch die Buchdruckerei Klinitz und Sohn in Meißen zugehen. Etwasiger Mehrbedarf ist bei der Amtshauptmannschaft Meißen anzumelden.

Die Ausgabe der Brotmarken durch die Gemeindebehörden ist möglichst am 18. Dezember zu beenden.

Meißen, am 9. Dezember 1918.

1596 II E

Kommunalverband Meißen Stadt und Land.

Freitag den 13. dieses Monats nachmittags von 2—5 Uhr werden an Stelle der bisher in Gebrauch gewesenen grauen Lebensmittelkarten neue Lebensmittelkarten

ausgegeben. Die Verbraucher erhalten gelbe und die Erzeuger rote Karten.

Die grauen Karten werden hiermit für ungültig erklärt und sind bei der Ausgabe zurückzugeben.

Wilsdruff, am 11. Dezember 1918.

Der Stadtrat.

Bekanntmachung.

Vom 12.—21. Dezember 1918 sollen im hiesigen Stadtbezirk die Schornsteine gereinigt werden.

Wilsdruff, am 11. Dezember 1918.

Der Stadtrat.

Reichsfinanzen und Steuerpolitik.

Der Kampf um die Ostmark.

Von einem Ostmark-Deutschen wird uns geschrieben: Das Polentum fühlt sich seiner Sache schon ziemlich sicher. In der Provinz Polen wenigstens hat es so gut wie überall seine Hand auf die Staatsverwaltung gelegt, hat die deutschen Beamten vertrieben oder ihnen polnische Aufpasser auf die Nase gesetzt, hat Bürgerwehren organisiert, die ausschließlich polnische Führung gebrochen, hat dafür gesorgt, daß die deutsche Behörde aufgelöst wurde und auch die Ernährungswirtschaft der Provinz von jedem Berliner Einfluß unabhängig gemacht. Daß sie danach das Polnische als Amtssprache eingeführt haben, ist schon wie eine bare Selbstverständlichkeit hingenommen worden. Nun geht es auch den Schulen — den preussischen Staatsschulen — an den Krage. Der deutsche Sprachunterricht wird abgeschafft, zugunsten des polnischen natürlich, polnische Lehrer werden aus dem deutschen Sprachgebiet herangezogen, so daß jeder sich das Schicksal der deutschen Lehrer in den gemischtsprachigen Bezirken an den fünf Fingern abzählen kann — kurz sie wirtschaften als völlig unbeschränkte Herren auf einem Boden, der amnoch einen festen Bestandteil des Deutschen Reiches bildet, und verlangen stellenweise sofort die Entfernung deutscher Truppen, die, nach schweren Wunden durch die polnische Bevölkerung herangezogen, die Ordnung wiederhergestellt hatten.

Man traut seinen Ohren nicht, wenn man hört von Aufbühnungsversuchen an den Präsidenten der Vereinigten Staaten, an Lloyd George, an Clemenceau, denen Versicherungen zugehen über die Bande alter Freundschaft und gemeinsamer Bestrebungen, an Frankreich und Irland und wer sonst noch im Lager unserer Feinde einen mehr oder weniger großen Namen hat. Ganz offen rühmt man sich dieser Dinge, macht auch daraus kein Hehl, daß man sich an Willkür, den Oberbefehlshaber in Warschau, mit der Bitte um militärische Hilfe gewandt und, nachdem man von ihm einen Korb bekommen, bei der Entente um Unterstützung des in ihren Reihen kämpfenden Polenheeres zum Schutze der polnischen Interessen petitioniert hatte. Weiter kann man es nicht gut treiben. Aber in Berlin ist alles ruhig. Man verhandelt, daß die Aufhebung aller Ausnahmegesetze gegen die Polen unmittelbar bewirkt werde, legt sich aber nicht weiter auf, wenn darauf hingewiesen wird, daß die Polen eben dabei sind, ihrerseits Ausnahmegesetze gegen die Deutschen zu schreiben. Selbstbestimmungsrecht der Völker — damit basta!

Selbstbestimmungsrecht der Völker — aber schließlich sind wir Deutschen ja vorläufig auch noch ein Volk oder so etwas Ähnliches. Wir haben in der Provinz Polen allein 800 000 Deutsche, nicht bessere aber auch nicht schlechtere Glieder unserer Stammes, als wir sie sonst irgendwo haben. Die schiden ihre Vorkommnisse immer noch

Berlin. Die Regierung schickte dann ihre Bevollmächtigten nach Polen — sie wurden von den Polen nach allen Regeln der Kunst eingewickelt und unschädlich gemacht. Also was bleibt? Mit den USA war nichts mehr anzufangen, denen hatten schon die Polen ihren Obem eingehalten, und sie bewährten sich dann als Vorkämpfer der Kolonisation unserer Ostmark. Aber neben ihnen hatten die Polen auch noch Volksräte ins Leben gerufen und diese Organisation auf dem in der vorigen Woche mit allem nationalen und kirchlichen Pomp abgehaltenen „Teilgeheimtag“ durch einen „Obersten Volksrat“ gekrönt. Alles natürlich zur höheren Ehre des zukünftigen Polenreiches, das von Danzig über Polen nach Oberschlesien reichen und diese preussisch-deutschen Grenzmarken mit Warschau und Lemberg zu einem großmächtigen Staatswesen vereinigen soll. Dieser Weg war auch für das Deutschtum unserer Ostprovinzen gangbar. Und so bildeten sich allenthalben Volksräte. In den Dörfern und kleinen Städten, in den deutschen Kolonien schlossen sie empor, zumeist ohne jede Anregung von außen. Aber das Beispiel, einmal gegeben, fand rasch in der Nachbarschaft willige Gefolgschaft, und es dauerte nicht lange, da schlossen sich auch schon die jungen Gebilde hier und da freis oder bezirksweise zusammen. Und in den aller-nächsten Tagen soll nun auch diese Schöpfung des Nationalitätenkampfes im Osten seine Krönung finden: am 12. Dezember tritt in Polen der „Deutsche Volksrat“ zusammen, dazu bestimmt, die deutschen Kräfte der Provinz in gleicher Weise, wie es auf polnischer Seite geschehen ist, zu einheitlicher Machtausübung zusammenzufassen. Die Deutschen im Osten wissen, es gilt die Verteidigung der Heimat, die Abwehr von Unterdrückung und Fremdherrschaft, die Bewahrung von Sprache und Sitten, die Zugehörigkeit zum ganzen, zum gemeinsamen Vaterlande — wie sollten sie da nicht aufwachen und zu den Waffen greifen: den Waffen des Wortes, der Auffklärung, der Solidarität und Organisation, um die Arbeit ihrer Väter nicht untergehen, um ihre Kinder und Kindeskinde nicht in der Blut der Polentums ertrinken zu lassen.

Es ist immer erhebend zu sehen, wie eine Nation oder ein Volksteil in höchster Gefahr den Kampf um Leben und Freiheit aufnimmt. Wir ändern sollten uns aber in diesem Falle nicht mit der bloßen Zuschauerrolle begnügen. Einmal sind es unsere Brüder und Schwestern, die ihre Zugehörigkeit zu uns bekämpfen wollen. Und dann würde die Grundlage für unsere ganze Wirtschaft erheblich verschmälert, wenn auch nur die Provinz Polen uns wirklich verlorenginge; von Westpreußen und Oberschlesien ganz zu schweigen. Also ist es ein deutscher Kampf, der jetzt im Osten entschieden werden wird, und deshalb muß es sein, was deutsch denkt und deutlich empfindet, mit ganzem Herzen teilzunehmen an dem schicksalsschweren Ringen dort. Lassen wir nicht im Stich, was zu uns gehört! Ist das nicht unser Pflicht? ...

Polen, fingen und lagen die Polen. Antworten wir ihnen, daß auch Polen noch nicht verloren ist, für uns nicht verloren. Und helfen wir den Deutschen, es für sich und für uns siegreich zu behaupten.

Wilson und der Friedenskongreß.

Der Präsident nicht persönlich anwesend.
Washington, 10. Dezember.

Von dem Dampfer „George Washington“ wird drahtlos gemeldet, daß Präsident Wilson nicht persönlich bei den Friedensverhandlungen anwesend, wohl aber in Führung mit den leitenden Persönlichkeiten der Alliierten und bereit sein wird, die ihm unterbreiteten Fragen zu erledigen.

Diese Meldung muß einigermaßen überraschen. Wenn der Präsident nicht persönlich den Friedensverhandlungen beiwohnen will, so ist der Zweck seiner Europareise nicht recht ersichtlich. Wahrscheinlich wird er also nur an der Besäcker Vorankündigung teilnehmen, die die Grundzüge des Friedensvertrages festlegen soll.

Gegen jede Übermacht zur See.

Aber seine Haltung bei den kommenden Friedensverhandlungen hat Präsident Wilson sich kurz nach seiner Abfahrt von Amerika zu einem Mitarbeiter des „United Press“ geäußert, der seinem Blatte darüber durch Funknachricht mitteilte:

Der Präsident begibt sich nach Europa, um die Ideale der Amerikaner zu vertreten und für seine 14 Punkte zu kämpfen. Auf der Friedenskonferenz wird der Präsident auf der Freiheit der Meere und der allgemeinen Unterstützung bestehen. Auf das dreißigjährige Plattenprogramm der Vereinigten Staaten gefaßt beabsichtigt er, anzufordern, daß kein Volk die Vorherrschaft auf dem Meere innehaben dürfe und daß, wenn andere Völker ihr Plattenbauprogramm nicht einschränken, die Vereinigten Staaten das übrige erhöhen müssen. Der Präsident geht von der Ansicht aus, daß die Meere von der ganzen Welt bewacht werden müssen.

Hier wird also erklärt, daß Wilson auf der Friedenskonferenz erscheinen will. Allem Anschein nach hat diese Botenschaft in England Zustimmung hervorgerufen, so daß die neue Erklärung vom Dampfer „George Washington“ gleichsam als Rückgang anzusehen ist. Wilson findet übrigens in seiner Ormal lebhafteste Gegenreaktion. Der ehemalige Präsident Roosevelt erklärt, die Entente könne auf die berühmten 14 Punkte nicht festgelegt werden, da sie sie nicht angenommen habe. Im übrigen möchte sich Amerika mit der zweiten Hälfte der Welt begnügen, und dürfe nicht beanspruchen, eine ebenso große Rolle zu unterhalten, wie Frankreich.